

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

28.11.1928 (No. 279)

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. K. M. n. n. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreier Rabatt, der als Kasierabatt gilt und erteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Prüfung im Aufbeschlag

Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Aufbeschlag finden statt:

- am Freitag, den 14. Dezember 1928, und Samstag, den 15. Dezember 1928, jeweils vormittags 8 Uhr, in der Aufbeschlagsschule in Freiburg; am Montag, den 17. Dezember 1928, vormittags 1/9 Uhr, in der Aufbeschlagsschule in Neßkirch; am Donnerstag, den 20. Dezember 1928, vormittags 9 Uhr, in der Aufbeschlagsschule in Mannheim;

- am Freitag, den 21. Dezember 1928, und Samstag, den 22. Dezember 1928, jeweils vormittags 8 Uhr, in der Aufbeschlagsschule in Karlsruhe.

Wegen des Näheren wird auf die Bekanntmachung vom 27. November 1928 im Staatsanzeiger Nr. 278 verwiesen.

Belgien und die Reparationsfrage

Brüssel, 28. Nov. (Tel.) Bei einem Festessen anlässlich des Geburtstages des belgischen Königs sagte gestern der belgische Vizepräsident, Baron Mouchet, der Steuerzahler in Belgien seien dreimal so schwer belastet als vor dem Kriege, und Belgien habe ein umfangreiches Programm öffentlicher Arbeiten. Hierdurch werde die Auffassung Belgiens in der Reparationsfrage gerechtfertigt, daß es keinen neuen Opfern zustimmen dürfe, und ebenso die belgische Auffassung bezüglich der Frage der deutschen Währungsstände. Diese Frage habe noch immer ihrer Lösung und Belgien messe ihr mit Recht die allergrößte Wichtigkeit bei.

Der belgische Ministerpräsident Jaspar wollte in Begleitung von Francqui vorgehen in Paris und hatte nachmittags mit Poincaré eine Unterredung über die Regelung der Reparationsfrage und die Bildung des Sachverständigenausschusses, deren Ergebnis für die Vertreter Belgiens befriedigend gewesen sein soll.

Amerikanische Einladung zu einer Flottenkonferenz

Washington, 28. Nov. (Tel.) Der Vorsitzende des Marineauschusses des Repräsentantenhauses, Britten, hat an den britischen Premierminister Baldwin ein Telegramm geschickt, in dem er anregt, es sollte eine gemeinsame Konferenz von Mitgliedern des britischen Parlaments und des Marineauschusses des Repräsentantenhauses abgehalten werden, um die Frage der Gleichheit der Seestreitkräfte beider Staaten in allen Kriegsschiffklassen, die von den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz nicht berührt worden sind, zu prüfen. Das Telegramm schlägt vor, daß die Konferenz nach dem 3. März in Kanada zusammentreten sollte.

Anschließend an die Beratungen würden die beiden Delegationen ihren Regierungen Berichte vorzulegen haben. In einem Interview erklärte Britten, er habe sich zu diesem Telegramm entschlossen im Hinblick auf die Rede des Premierministers vom 13. November, in der er den Wunsch nach häufigeren persönlichen Unterredungen zwischen britischen und amerikanischen Vertretern zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses ausgesprochen habe.

Die Erkrankung des Königs von England

London, 28. Nov. (Tel.) Wie um 6 Uhr morgens bekannt wurde, soll sich der König verhältnismäßig wohl befinden.

Der Prinz von Wales hat aus Ostafrika an den Premierminister Baldwin ein Telegramm geschickt, in dem er mitteilt, daß er im Hinblick auf die Erkrankung des Königs mit seinem Bruder so bald wie möglich nach England zurückzukehren beabsichtigt. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß der Schritt des Prinzen aus eigener Initiative ergangen worden sei und eine offizielle Rückberufung nicht statgefunden habe. Die Admiralität hat den Kreuzer „Enterprise“ angewiesen, sich von Aden nach Dar-es-Salaam zu begeben, um zur Verfügung des Prinzen von Wales zu stehen.

Kleinrentnerfürsorge gefordert. Die demokratischen Abgeordneten Dr. Külz und Dr. Lüders haben im Reichstag einen neuen Antrag eingebracht, in dem gefordert wird, daß die Regierung mit größter Beschleunigung, jedenfalls noch vor Beginn der Feiertagsferien, einen Gesetzentwurf vorlege, durch den das in der Regierungserklärung abgegebene Versprechen auf angemessene Versorgung der Kleinrentner erfüllt und den Kleinrentnern ein Rechtsanspruch auf Versorgung gewährt wird.

Der Schwereparagraf. Laut „B. Z.“ haben sich die Regierungsparteien auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt, der im Strafrechtsausschuß zu dem Schwereparagrafen gestellt werden soll. Dieser Antrag zählt die besonders schlimmen Fälle von Vorbereitung zum Hochverrat auf. Im Anschluß daran findet sich nur eine beschränkte Generalklausel für die Vorbereitung des Hochverrats, und zwar erstreckt sich diese Generalklausel nur auf jene Vorbereitung zum Hochverrat, die unmittelbar der Ausführung des hochverräterischen Unternehmens vorhergeht.

Letzte Nachrichten

300 Millionen neue Steuern?

Berlin, 28. Nov. (Tel.) Nach einer Meldung der „B. Z.“ macht das Gleichgewicht für den kommenden Reichshaushalt noch immer einige Sorgen, obwohl es inzwischen dem Reichsfinanzminister durch Abstriche gelungen sei, den rechnerischen Mehretrag der Ausgaben von 600 Millionen Reichsmark auf fast 300 Millionen Reichsmark herabzudrücken. Dieser Betrag jedoch könne nur durch Steuererhöhungen aufgebracht werden. Hier sei vornehmlich eine Erhöhung der Steuer für Bier und Wein in Aussicht genommen. Die Widerstände gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer seien so stark und so groß, daß man davon Abstand nehmen werde.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen

Warschau, 28. Nov. (Priv.-Tel.) Wie eine polnische Korrespondenz erfährt, hat sich der deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Dr. Hermes, mit der polnischen Regierung über die Erneuerung der Warschauer Handelsvertragsverhandlungen mit Polen geeinigt. Minister Hermes hat sein Eintreffen in Warschau für Ende der laufenden Woche angekündigt. Es soll zunächst festgesetzt werden, ob und in welchem Maße die Forderungen beider Staaten in Übereinstimmung gebracht werden können. Die unmittelbare Aussprache zwischen den Vorsitzenden der beiden Delegationen ist ungefähr auf zwei Wochen vorgesehen. Von dem Ergebnis dieser Besprechungen wird die Frage der Wiederaufnahme der Kommissionsverhandlungen abhängen. Vorläufig werden die Ausschüsse nicht einberufen werden.

Verbot des Gaskrieges

Berlin, 28. Nov. (Tel.) Der Reichsaussenminister und der Reichswehrminister haben dem Reichstag das Genfer Protokoll wegen Verbotes des Gaskrieges zur Ratifikation vorgelegt. Das Protokoll ist bis jetzt von 40 Staaten, darunter von sämtlichen Großmächten einschließlich der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, unterzeichnet worden. Ratifiziert haben es bisher Frankreich, Venezuela, Italien, die Sowjetunion, Dänemark und Liberia. Frankreich und die Sowjetunion haben an die Ratifikation zwei Vorbehalte geknüpft, daß das Protokoll sie nur gegenüber den Staaten bindet, die es gleichfalls unterzeichnet und ratifiziert haben, und daß das Protokoll für sie in jedem Feindstaat gegenüber unverbindlich wird, dessen bewaffnete Streitkräfte oder dessen Verbündete die in dem Protokoll enthaltenen Verbote nicht beachten. Die Reichsregierung bemerkt dazu, es erscheine nicht erforderlich, diese Vorbehalte der deutschen Ratifikation hinzuzufügen, da der erste Vorbehalt bereits aus dem Text des Protokolls hervorgehe, und der zweite im wesentlichen durch völkerrechtliche Anschauungen gedeckt werde.

Verlängerung des Kalibersverbots

Berlin, 28. Nov. (Tel.) Der Reichswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages genehmigte die Verlängerung des Kalibersverbots für Kaliberschäfte bis zum 31. Dezember 1931. In der Kalibersindustrie ist eine starke Rationalisierung durchgeführt worden, so daß heute von ursprünglich 229 Werken nur noch 41 Hauptwerke und 19 Nebenwerke in Betrieb sind. Ein Verbot der Aufschichtung neuer Kaliberschlachten besteht deshalb nach Ansicht der Regierung nicht, und diese beantragte eine dreijährige Verlängerung des Kalibersverbots.

Abgelehnter Aufschlagsantrag im mecklenburgischen Landtag

Schwerin, 28. Nov. (Tel.) In der heutigen Vormittagsitzung des mecklenburgischen Landtages wurde der Antrag der Deutschnationalen auf Aufschlag des Landtages mit 26 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten

Böhmum, 28. Nov. (Tel.) Bei einer öffentlichen Versammlung der Nationalsozialisten entwickelte sich mit Kommunisten eine schwere Schlägerei, bei der mehrere Teilnehmer zum Teil schwer verletzt wurden. Es wurde mit Gläsern, Flaschen, Stühlen und Steinen geworfen und geschlagen. Die Polizei griff unter Anwendung des Gummistocks energisch durch, trennte die Kämpfenden und räumte schnell den Saal. Starke Polizeistreifen schafften nach kurzer Zeit auch vor dem Lokal und in den angrenzenden Straßen Ruhe und Ordnung.

Die Wahl des Bundespräsidenten in Oesterreich

Wien, 28. Nov. (Tel.) Bundeskanzler Dr. Seipel sprach sich gestern in einer Parteiverammlung für eine Volksabstimmung über die Wahl des Bundespräsidenten aus. Er erklärte, die erste Frage, über die das Volk in freier Abstimmung entscheiden werde, werde die Frage eines Ausbaus der Demokratie durch Einführung der Volkswahl bei Bestellung des Staatsoberhauptes und die Frage einer Erweiterung seiner Befugnisse sein.

Viscount d'Abernon's Berliner Tagebuch. Das „B. Z.“ veröffentlicht das „Wesen der Deutschen“ überschriebene Notizbuch zum dem noch nicht veröffentlichten Berliner Tagebuch des früheren britischen Vizekonsuls in Berlin, Viscount d'Abernon, das er „Ein Vizekonsul des Friedens“ betitelt hat.

\* Zur Reparationsfrage

Wieder ist von französischer Seite, und zwar ganz offenbar von Poincaré selbst, ein Schritt unternommen worden, welcher die endgültige Erledigung der Reparationsfrage erschwert: Frankreich ist, ohne übrigens England viel zu fragen, auf den Wunsch der kleineren Siegermächte eingegangen und hat es der Reparationskommission überlassen, von sich aus die Sachverständigen einzuladen, welche zusammen mit den von Deutschland ernannten Sachverständigen, die in Genf beschlossene Kommission zur endgültigen Vereinigung der Reparationsfrage bilden sollen. Damit hat sich Poincaré glatt über die Abmachungen von Genf hinweggesetzt.

Nach diesen Abmachungen sollten die an dem Problem unmittelbar interessierten Mächte mit Deutschland zusammen jene neue Kommission bilden; von der Reparationskommission ungelungen Angedenkens war nicht im mindesten die Rede. Nunmehr taucht diese Reparationskommission, von deren Existenz man in der letzten Zeit erfreulicherweise nur wenig zu hören bekam, wieder aus der Versenkung hervor. Eine neue Situation entsteht, da in die Dinge nunmehr auch Staaten hineinreden werden, von denen eine Förderung der Angelegenheit kaum zu erwarten ist. Der ganze Apparat wird schwerfälliger, da jetzt die Sachverständigenkommission natürlich nicht unmittelbar an die Regierungen, sondern an die Reparationskommission berichten wird. Und was wird wohl die Reparationskommission dann mit jenen Berichten anfangen? Sie würde sie sicherlich in einer Weise sichten und redigieren, daß daraus neue Komplikationen erwachsen.

Poincaré begründet seinen auffällenden Schritt mit juristischen Erwägungen. Diese Erwägungen mögen dem Buchstaben nach berechtigt sein. Aber mit juristischen Spitzfindigkeiten wird man die Reparationsfrage nicht lösen. Sie ist ein Problem, welches man der Klugheit des Politikers oder am besten der Einsicht des Kaufmanns und Wirtschaftssachverständigen überlassen sollte. Und was hilft alle exakte Beobachtung des Rechts, wenn damit Abmachungen unter den Regierungen einfach zunichte gemacht werden! In Deutschland wird man die Tatsache, daß Poincaré die Vereinbarungen von Genf einfach ignoriert, mit Bestreben aufnehmen.

Nicht nur dieses neue Erlebnis veranlaßt uns, der nächsten Entwicklungsphase in der Reparationsfrage mit zureichendem Pessimismus entgegenzusehen. Im Kerne wird es sich ja bei all den Beratungen, die jetzt stattfinden sollen, immer nur um das eine handeln, nämlich um die Festsetzung der Reparationssumme und um die Neuverteilung der Annuitäten. Und hier scheinen uns die Gegensätze einstweilen noch schier unüberbrückbar zu sein. Von privater englischer Seite wird ganz offen die Auffassung geäußert, eine wirklich beträchtliche Herabsetzung der deutschen Zahlungen werde von den Gläubigern Deutschlands nicht bewilligt werden.

In englischen Wirtschaftskreisen kann man deshalb häufig den Vorschlag hören, Deutschland solle überhaupt nicht mit eigener Initiative hervortreten und nicht selber erklären, die Jahreszahlungen nach dem Dawesplan seien zu groß, und die ganze Reparationslast sei zu schwer, sondern man solle den Dawesplan weiterhin schlecht und recht ausführen und es dem Transfer-Komitee, das ja mit zu diesem Zweck errichtet wurde, überlassen, den Nachweis zu führen, daß die Annuitäten zu hoch sind. Dieser Vorschlag ist an sich sehr zu beachten. Man vergißt auch in Deutschland nie und da, daß der Dawesplan durchaus nicht starre und unverrückbare Bestimmungen enthält, sondern daß in ihm die Möglichkeit von Überprüfungen und Korrekturen vorgesehen ist.

Es ist nicht so, daß die deutsche Wirtschaft jene Annuitäten aufbringen muß, auch wenn sie dabei zugrunde geht, es ist auch nicht so, daß das deutsche Volk, wie ein Helot leben muß, nur um die Jahreszahlungen aufzubringen, sondern der Dawesplan geht davon aus, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk jene Zahlungen auch zu tragen imstande sein sollen. Das Transfer-Komitee ist in erster Linie dazu da, um festzustellen, ob wir dazu imstande sind oder nicht. Fern ab von aller Politik, würden also Wirtschaftssachverständige die Frage vom rein geschäftlichen Standpunkt aus zu prüfen haben.

Wenn jetzt die neue, in Genf beschlossene Sachverständigenkommission zusammentritt, wird sie faktisch eine Arbeit leisten, die eigentlich Sache des Transfer-Komitees wäre. Allerdings hat das Transfer-Komitee mit der Fest-

setzung der Reparationssumme formell nichts zu tun. Aber es ist doch klar, daß sich diese Festsetzung zu richten hat nach der finanziellen Leistungskraft Deutschlands. Und diese Kraft wird am besten gemessen an Hand der Annuitätensziffern und auf Grund der Beobachtung, welche von dem Generalagenten für Reparationszahlungen und dem Transfer-Komitee gemacht werden.

Zweifellos klappt hier eine recht unangenehme Lücke. Sie wird noch vergrößert durch das Hineinspielen politischer Momente, so zum Beispiel durch die Neigung Frankreichs, Reparationsproblem und Räumungsfrage miteinander zu verquiden, und neuerdings durch die Tatsache, daß jetzt mit dem Wiederaufleben der Reparationskommission auch die kleineren Siegerstaaten hineinreden werden.

### Aus dem Reichstag

Der endgültige Reichswirtschaftsrat — Die Koalitionsverhandlungen

W.D.Z. Berlin, 27. Nov.

Im Reichstag stand am Dienstag der Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat zur ersten Beratung. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius leitete die Besprechung durch eine kurze Erklärung ein, in der er darauf hinwies, daß der Entwurf schon vom letzten Kabinett vorgelegt, aber wegen der Reichstagsauflösung nicht verabschiedet worden sei.

Als in der Debatte der Kommunisten Rosen das Wort nahm, um die Vorlage als „Bürgerblutprodukt“ zu verdammen, lehnte sich der Saal. In der Wandelhalle war es interessanter, denn hier wurden eifrig die Aussichten für die Bildung der großen Koalition besprochen, die jetzt energisch in Angriff genommen werden soll. Beim Reichskanzler Müller waren schon die Führer der in der Regierung vertretenen Parteien versammelt, als sie nach einer Stunde zurückkehrten, konnten sie den hartnäckigen Fraktionsgenossen noch nichts Entscheidendes mitteilen. In der Vorbesprechung beim Reichskanzler ist lediglich vereinbart worden, daß am Freitag dieser Woche nunmehr die Beratungen über die Koalitionsbildung sozusagen offiziell beginnen sollen. Die Fraktionen werden am Mittwoch und Donnerstag sicherlich wieder nach alter Übung durch die Aufstellung von Richtlinien, Mindestprogrammen u. dgl. dafür sorgen, daß es mit der Koalitionsbildung nicht allzu schnell geht. Es wäre ja auch ein ungewöhnlicher Zustand, daß der Reichstag dem Jahreswechsel mit einer vollkommen gefestigten Regierung erlebt.

In Sitzungsstunde hatten inzwischen die Vertreter der Parteien mehr oder minder warm ihre grundsätzliche Zustimmung zur Wirtschaftsratsvorlage erklärt. Die Vertreter der Wirtschaftspartei, der bair. Volkspartei und der Christlich-Nationalen Bauernpartei behielten sich ihre endgültige Stellungnahme bis zum Abschluß der Ausschussberatungen vor. Die Vorlage wurde dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Die Handwerksnovelle, die die direkte Wahl zu den Handwerkskammern und die Eintragung der Handwerksbetriebe in eine „Handwerksrolle“ vorsieht, wurde nach kurzen Einführungsreden des Reichswirtschaftsministers gleichfalls dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Ohne Aussprache ging der deutsch-tschechische Vertrag über die Grenzgebiete an den Auswärtigen Ausschuss.

Ein Gesetzentwurf über das Verfahren vor dem Bundesamt für Heimatwesen wurde debattiert in allen drei Lesungen angenommen. Ein Einspruch des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Gumbel wegen Ordnungsrufen, die ihm am 15. November erteilt worden waren, wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten, der Christlich-Nationalen und der Deutschnationalen zurückgewiesen.

Als die gestrige Sitzung gerade geschlossen war, und noch viele Abgeordnete im Saal saßen, gab es von der großen Publikumstribüne aus eine eigenartige Kundgebung. Aber die Brüstung wurde ein großes Stoffplakat herabgelassen, das die Inschrift trug: „Gebt uns das Recht auf Arbeit! Die Massen der stellenlosen kaufmännischen Angestellten fordern von allen Volksvertretern die Durchführung des Artikels 168 der Reichsverfassung mit Hilfe des Gesetzes. Taten sind erforderlich.“

Die Kundgebung vollzog sich ohne allen Lärm. Die Demonstranten leisteten auch keinen Widerstand, als nach einigen Minuten der Reichstagsdiener das Plakat beschlagnahmte. Auf der Tagesordnung der heutigen Mittwochsitzung, die um 3 Uhr beginnt, steht die Vorlage über die Sonderfürsorge für arbeitslose Saisonarbeiter.

Der Auktionsrat des Reichstages beschloß, daß am heutigen Mittwoch zunächst die Arbeitslosenversicherung für die Saisonarbeiter beraten werden soll, am Donnerstag dann die Interpellation und der Antrag der Deutschnationalen zur Technischen Nothilfe, am Freitag andere Initiativanträge aus dem Hause und vom Montag ab das landwirtschaftliche Notprogramm, zu dem Anträge der Deutschen Volkspartei vorliegen und Anträge des Zentrums in Aussicht stehen. Schankstättengesetz und Strafvollzugsordnung sollen erst nach Erledigung dieser Anträge zur Beratung kommen.

### Andauern des Unwetters

W.D.Z. Paris, 28. Nov. (Tel.) Sturm, Regen, Schnee, Überschwemmungen sind die Charakteristika der von überall her weiter eintreffenden Nachrichten über das immer noch anhaltende Unwetter. Man glaubt nicht, daß im Kanal vor drei bis vier Tagen eine Besserung zu erwarten ist. — Eine aus 10 Booten bestehende französische Fischerbootsflottille wurde im Mittelmeer vom Sturm übertrajet. Zwei Boote sanken, drei Mann sind ertrunken.

W.D.Z. Rom, 28. Nov. (Tel.) Das Unwetter in Mittel- und Süditalien hat noch immer nicht nachgelassen. Auf den Bergen um Genua herum ist der erste Schnee gefallen. Infolge des auf dem Meer herrschenden Sturmes mußten in Genua von Neapel die Schiffe ihre Verankerung verdoppeln. Der Verkehr mit den umliegenden Inseln mußte zum Teil eingestellt werden.

### Rückkehr der Besatzung der „Pommern“

W.D.Z. Bremen, 28. Nov. (Tel.) Die Besatzung des Schulschiffes „Pommern“ wird morgen von Plymouth die Heimreise mit dem Dampfer „Amerika“ der United States Lines antreten und voraussichtlich am 1. Dezember in Bremerhaven eintreffen.

### Anwachsen der Typhusepidemie in Lyon

W.D.Z. Paris, 28. Nov. (Tel.) Die Typhusepidemie in Lyon und Umgegend macht beunruhigende Fortschritte, so daß sogar gestern in der Kammer Maßnahmen dagegen gefordert wurden. Im ganzen zählt man 1300 Erkrankungen und bisher 12 Todesfälle.

## Der Kampf in der Eisenindustrie

### Die Einigungsverhandlungen in Nordwest

Die Einigungsverhandlungen der beiden Tarifparteien beim Düsseldorf-Regierungspräsidenten Bergemann sind am Dienstag spät abends abgebrochen worden und werden am heutigen Nachmittag fortgesetzt. Während der Verhandlungen ergaben sich nochmals Schwierigkeiten, zu einer gemeinsamen Vergleichsbasis zu kommen. Die Arbeitgeber wollten die Verhandlung zu einer Einigung führen. Jedoch erklärten die Gewerkschaftsvertreter, an dem Vorschlag des Regierungspräsidenten Bergemann vom 19. November und an ihrem Ergänzungsvorschlag hierzu festhalten zu müssen.

### Die Verteilung der Ruhrunterstützungsgelder

Der „Vorzeitung“ zufolge, wird heute, Mittwoch, eine von der Deutschen Volkspartei angeregte Sitzung des Reichskabinetts stattfinden, in der die Bedenken der Deutschen Volkspartei gegen die Verteilung der Ruhrunterstützungsgelder durch den preussischen Wohlfahrtsminister Dittmer zur Sprache gebracht werden sollen. Nach dem „Soziald. Pressedienst“ richtet sich die volksparteiliche Kritik an der Unterfertigung in erster Linie gegen den Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung. Die Kritik wird in der heutigen Kabinettsitzung von dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius vorgebracht werden.

Die „Germania“ bemerkt dazu: Dieser Vorstoß kommt deshalb etwas unerwartet, weil die von Minister Dittmer herausgegebenen Richtlinien im Reichskabinett im wesentlichen vorher bekannt waren. Die preussische Regierung vertritt die Auffassung, daß die von ihr im Auftrage des Reiches durchgeführten Unterfertigungen eine Sonderaktion darstellen, die den Bestimmungen der Fürsorgepflichtverordnung nicht unterliegt.

Zu der Meldung von einem durch das Zentrum oder die Sozialdemokratie geplanten Notgesetz zur Erzwingung der Wiedereröffnung der Betriebe erklärt das Berliner Zentrum, daß diese Vermutung, soweit das Zentrum in Frage komme, nicht zutrefte. Auch befinden sich zwischen den genannten Parteien keinerlei Abmachungen in dieser Richtung, noch hätten überhaupt Besprechungen stattgefunden.

### Die Koalitionsverhandlungen

Reichskanzler Müller hielt am Dienstag in Berlin eine Besprechung mit Vertretern der hinter seiner Regierung stehenden Parteien, nämlich der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei ab. Wie das Nachrichtenbüro des W.D.Z. hört, handelte es sich lediglich um eine Vorbesprechung zu den in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Bildung der sogenannten großen Koalition als parlamentarische Grundlage für die Reichsregierung. Nach einstündiger Beratung kam man überein, die Besprechungen über die Koalitionsbildung am Freitag zu beginnen. Inzwischen werden sich die Fraktionsvorstände und dann auch die Fraktionen der beteiligten Parteien mit der Koalitionsfrage befassen.

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt dazu: Zu verbindlichen Abmachungen ist die Situation noch nicht ganz reif. Zwar hat der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei letzte Woche die Führung dieser Fraktion zur Teilnahme an einer Koalition ermächtigt, aber es gibt ja immer noch einige sachliche Schwierigkeiten, die zunächst überwunden werden müssen, nicht nur auf der Seite der Volkspartei allein. Überdies findet in der nächsten Woche der Parteitag des Zentrums in Köln statt, und bevor dieses Gremium gesprochen hat, ist von vornherein an einen Abschluß nicht zu denken. Beim Zentrum werden kulturpolitische Fragen eine Rolle spielen, bei der Deutschen Volkspartei sozial- und wirtschaftspolitische, bei der Bayerischen Volkspartei vor allem Steuerfragen, die die Länder betreffen. Verständigerweise scheint man bereits übereingekommen zu sein, nicht wieder mit der Formulierung von Richtlinien zu beginnen, auch keine neue Regierungserklärung auszuarbeiten, sondern nur intern einige Abmachungen zu treffen. Wie weit diese Selbstbescheidung im Laufe der Verhandlungen aufrechterhalten bleiben wird, muß man abwarten.

### Weitere starke Zunahme der Arbeitslosigkeit

Die zunehmende, durch die Jahreszeit bedingte Einstellung der Arbeiter in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, in den Baubehringewerben und in den anderen Saisongewerben hat in der Zeit vom 1. bis 15. November zu einer weiteren erheblichen Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt. Auch die Aussparung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie machte sich auf dem Arbeitsmarkt bereits in gewissem Umfang bemerkbar.

Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in der Berichtszeit von rund 671 000 auf 805 000 (davon 630 000 männliche und 175 000 weibliche), d. h. um 20 v. H., gestiegen. Die Steigerung betrug bei den Männern 114 000 oder 22,1 v. H. Die Zahl der unterstützten Frauen, die in den vorhergehenden 14 Tagen nach langer Zeit zum erstenmale wieder gestiegen war, und zwar um 4,3 v. H., hat diesmal um 20 000 oder 12,9 v. H. zugenommen. In der Krisenunterstützung ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der gleichen Zeit von rund 93 000 auf 99 100 (83 600 männliche und 15 500 weibliche) oder um 6,6 v. H. gestiegen. Die Zunahme ist hier bei den Männern und Frauen fast gleich.

Der Generalsekretär des Völkerverbundes, Sir Eric Drummond, trifft auf der Durchreise von Warschau nach Genf zu einem zehntägigen Aufenthalt in Berlin ein. Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, hat Sir Eric Drummond eingeladen, ihn zu besuchen. Eine politische Bedeutung kommt diesem Besuch nicht zu. Er ist heute, Mittwoch, vormittags 9.55 Uhr, von Warschau kommend, in Berlin eingetroffen.

Der württembergische Landtag hat Dienstag nachmittags nach fünfmonatiger Pause seine Vollkungen wieder aufgenommen. Zu Beginn der Sitzung gedachte Präsident Pfäfer der Amerikafahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ und sprach den tapferen Männern, die das Meisterwerk deutscher Technik in hartem Ringen mit den entsetzten Elementen zum Ziele führten, mit Bewunderung für ihre glänzenden Leistungen aufrichtigen Dank aus.

„Graf Zeppelin“ als Polarluftschiff. Zwischen Dr. Edener, Ransen und Reichsverkehrsminister von Guérard haben Verhandlungen über die Möglichkeit von Nordpolfahrten des „Graf Zeppelin“ stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, daß das Luftschiff im Jahre 1930 der Aeroartit zu zwei arktischen Forschungsfahrten gegen angemessene Kostenertattung zur Verfügung gestellt wird.

Vortragsreise des Abgeordneten Dahlet in Amerika. Nach einer Blättermeldung aus Straßburg soll ein bekannter amerikanischer Verleger mit dem autonominischen elsfässischen Abgeordneten Dahlet einen Vertrag über die Veranstaltung einer Vortragsreise dieses Abgeordneten durch Amerika abgeschlossen haben. Dahlet soll auf dieser Reise Vorträge über die Ursachen und Ziele der autonominischen Bewegung im Elsaß sprechen.

Vaterländische Kundgebung in Saarbrücken. In der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung fand am Dienstag anlässlich der zehnten Wiederkehr des Tages der Befreiung des Saargebietes durch französische Truppen eine vaterländische Kundgebung statt, bei der eine Resolution angenommen wurde, in der erklärt wird, daß die Aufrechterhaltung eines politisch und wirtschaftlich autonomen Saargebietes sich infolge der organischen Zugehörigkeit der Saarkundgebung der deutschen Wirtschaft als undurchführbar erwiesen hat. Sie würde auch dem politischen Willen der Bevölkerung widersprechen. Die Stadt Saarbrücken hat nur den einen Wunsch, sobald als möglich wieder mit dem Deutschen Reich und dem preussischen Staat, und zwar ohne Vorbehalte und ohne jede Beschränkung, vereinigt zu werden.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

#### Der Haushaltsauschuss

Beschäftigte sich am Dienstag mit einem Antrag der Abg. Baumgartner, Raier-Heidelberg, Dr. Glodner und Mayer-Karlsruhe, wonach zur Linderung besonderer Notstände, insbesondere der durch langandauernde Arbeitslosigkeit in große Notlage geratenen Erwerbslosen ein Beitrag bis zu 50 000 Reichsmark zur Verfügung gestellt werden soll. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ein kommunistischer Antrag, der Internationalen Arbeiterhilfe einen Staatszuschuß zu bewilligen, wurde abgelehnt, da es sich um ein rein kommunistisches Parteiunternehmen handelte.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei ersucht die Regierung um eine Denkschrift über die Vereinfachung der badischen Staatsverwaltung.

Dr. Glodner weist darauf hin, daß sich das Reich zur Zeit mit der Vereinfachung der Verwaltung befaßt. Man dürfe der Regierung keine unnötige Arbeit mit einer Denkschrift machen. — Der Staatspräsident hält im Augenblick die Vorlage einer Denkschrift für unmöglich, doch werde die Frage dauernd geprüft. Zunächst müsse man die Ergebnisse der Länderkonferenz abwarten. Die Regierung werde seinerzeit dem Landtag die nötigen Unterlagen beschaffen.

Die Zentrumsabgeordneten Dr. Kesch und Genossen haben am 23. November im Badischen Landtag folgende förmliche Anfrage eingebracht: „Die Handelskammer für die Kreise Lörrach und Waldshut hat kürzlich eine sozialwirtschaftliche Untersuchung über das obere Wiesental vorgelegt. Danach besteht dort eine außerordentliche Notlage, die nicht zuletzt von dem Verlust des Absatzes im Elfaß herrührt. Welche Schritte gedenkt die Regierung zu unternehmen, um den Notständen abzuhelfen?“

### Verband badischer Gemeinden

Der Verbandsvorstand hielt am 20. November in Gernsbach eine Sitzung ab, in der — wie uns gemeldet wird — u. a. folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

**Verwaltungsreform.** Der Vorstand beschließt, einen besonderen Ausschuss zu bilden, der die mit der Verwaltungsreform zusammenhängenden Fragen zu bearbeiten hat.

**Gas- und Stromlieferungsverträge.** Den Verbandsgemeinden wird nahegelegt, die Entwürfe der Gas- und Stromlieferungsverträge an den Verbandsvorstand zur Prüfung und Begutachtung einzuliefern.

**Verwaltungs- und Rechtsfragen der Gemeinden.** Die Verbandsgemeinden werden aufgefordert, sich in allen zweifelhaften Verwaltungs- und Rechtsfragen an den Verbandsvorstand zu wenden, der alsbald sachdienlichen Aufschluß geben wird.

**Beizug der Gemeinden in den Kosten der Land- und Kreisstraßen.** Um die bereits mehrfach beantragte Änderung des Straßengesetzes in einer für die Landgemeinden tragbaren Weise zu fördern, wird ein besonderer Ausschuss gebildet, der die Angelegenheit weiter zu behandeln hat.

**Erhebung der Grunderwerbsteuer vom Besitz der Stiftungen.** Nach § 28 des Grunderwerbsteuergesetzes wird vom 1. Januar 1929 an vom Grundbesitz der Stiftungen eine Grunderwerbsteuer erhoben. Durch Vermittlung des Deutschen Landgemeindetags und der badischen Regierung soll Antrag auf Gesetzesänderung gestellt werden, da die Belastung der Stiftungen, die ihre sämtlichen Kapitalvermögen durch die Inflation verloren haben, zu groß ist.

**Laufstreunung.** Dem Verlangen verschiedener Verbandsgemeinden entsprechend soll die Regierung gebeten werden, die Postämter anzupfeifen, daß sie den Gemeinden Laufstreu aus den Staats- und Gemeindefinanzen zuweisen, wenn eine Notlage der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung wegen der großen Erntezeit im Jahre 1928 nachgewiesen wird.

**Entschädigung der Gemeinden für Missetätigkeiten in der Arbeitslosenversicherung.** Durch Vermittlung des Deutschen Landgemeindetags werden Vorschläge über die Gewährung von Entschädigungen an Gemeinden für Missetätigkeiten in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung gemacht.

**Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes.** Der vom Reichsrat in 2. Lesung verabschiedete Entwurf des Arbeitschutzgesetzes entspricht in bezug auf das Nachtdarbot, auf die Sonntagsruhe, auf den Lademischliff an Werktagen usw. den Interessen der Landbevölkerung nicht. Der Entwurf ist überhaupt nach großstädtischen Gesichtspunkten aufgestellt. Dem Deutschen Landgemeindetag in Berlin werden daher Vorschläge mit dem Antrag auf Weiterleitung gemacht.

**Finanzierung der Bad. Fürsorgeämter für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte.** Dem Finanzierungsplan, den der Verwaltungsrat der Bad. Fürsorgeämter für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte aufgestellt und dem Ausschuss dieser Anstalt zur Genehmigung vorgelegt hat, wird zugestimmt.

**Befolgung der Gemeindebeamten.** Der Landesrichtungs- und Beziehlungsbeamtensauschüsse für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte sollen gebeten werden, bei ihren Entscheidungen mehr als bisher Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden und auf die Leistungen der Beamten zu nehmen und demgemäß eine Schematisierung zu vermeiden. Außerdem soll beantragt werden, daß zu den Schlichtungsausschüssen, in denen Fälle aus Landgemeinden entschieden werden, Vertreter vom Lande zugezogen werden, welche die Verhältnisse und Bedürfnisse genau kennen, und nicht wie bisher städtische Vertreter.

**Allgemeine Verbandsangelegenheiten.** Die Gemeinden sollen ersucht werden, zu den Bezirksversammlungen und zur Hauptversammlung des Verbandes badischer Gemeinden neben dem Bürgermeister abwechselnd auch Gemeindevorsteher zu entsenden, damit sich diese ein Bild über die Tätigkeit des Verbandes machen können. Bis jetzt wurden sie anscheinend nicht genügend unterrichtet und haben daher oft den Verband badischer Gemeinden mit dem Verband der Gemeindebeamten Baden verwechselt und die Meinung vertreten, daß unser Verband sich in der Hauptsache mit Befolgungsfragen zugunsten der Bürgermeister und Gemeindebeamten beschäftige, während diese Dinge in Wirklichkeit nur nebenbei, aber stets vom allgemeinen und Gemeindefinanzpunkt aus behandelt und sich in der Hauptsache den viel wichtigeren sonstigen Gemeinde- und Gemeindefinanzfragen zuwendet.

## Die Fahrplandbesprechungen mit der Reichsbahndirektion

Ähnlich wie seitens der Vertretungen der Wirtschaftskreise auf eine Einschränkung der Neugründung von Organisationen und auf eine Rationalisierung der Tagungen und Kongresse hingewirkt wird, hat nun auch die Reichsbahndirektion Karlsruhe eine Vereinfachung der Fahrplandbesprechungen eintreten lassen.

Alljährlich fanden bisher am Sitz der Handelskammern Fahrplandbesprechungen statt, die zugleich eine Eindämmung des durch zahllose schriftliche Anträge immer größer gewordenen Schreibwertes bezwecken sollten. Der erwartete Erfolg blieb jedoch aus. Sowohl die Fahrplandbesprechungen als auch der Schriftverkehr haben noch Mitteilung der Reichsbahndirektion allmählich einen solchen Umfang angenommen, daß der Fahrplandbezugsdienst mit einem Fahrplanbeamten wochenlang unterwegs sein mußte, gerade zu einer Zeit, zu der ihre Anwesenheit im Interesse einer geordneten Fortführung der Fahrplanarbeiten dringend notwendig war. Hierzu kommt, daß ein großer Teil der Fahrplandbesprechungen das ganze Land oder größere Teile davon in gleicher Weise berührt, bei den Bezirksbesprechungen aber in mehrfachen, zeitraubenden Wiederholungen behandelt werden mußten. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe wird aber künftig mehrere Handelskammern zugleich einladen und ähnlich wie in Württemberg und Bayern die Besprechungen am Sitz der Reichsbahndirektion vorsehen. Dabei wird angenommen, daß die Handelskammern nach wie vor Fahrplandbesprechungen mit den Interessenten ohne Beteiligung der Reichsbahndirektion abhalten, deren Ergebnisse als Unterlage bei den nachfolgenden Besprechungen im engeren Kreis mit der Reichsbahndirektion dienen können. Die erstmaligen Fahrplandbesprechungen mit den Handelskammern am Sitz der Reichsbahndirektion, an denen auch der Badische Verkehrsverband beteiligt sein wird, finden im Laufe des Monats Februar 1929 statt.

## Ministerielle Verordnungen

Das „Badische Gesetz- und Verordnungsblatt“ Nr. 41 veröffentlicht eine ministerielle Verordnung vom 21. November betr. die **Gerichtspräsidenten**. Danach sind für die Zwecke der Gerichtspräsidenten alle Gerichte der Reichsbahndirektion beigegeben. Gerichtspräsidenten sind die Bezirkspräsidenten bei den Gerichten, deren Bezirk sich auf ihren Dienstbezirk erstreckt. Besondere Gerichtspräsidenten werden vom Staatsministerium auf Antrag des Justizministers nach Anhörung des Ministeriums des Innern für bestimmte Gerichte bestellt. Für die Erstattung von Obergutachten auf dem Gebiete der gerichtlichen Medizin auf Antrag der Gerichte und Staatsanwaltschaften wird ein Gerichtspräsidentenamt gebildet. Dieser ist eine kollegiale Fachbehörde im Sinne der Strafprozessordnung. Die Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1929 in Kraft.

Eine weitere ministerielle Verordnung betrifft die **Bezirksämter**, die für Zwecke der Verwaltung bei allen Bezirksämtern bestellt sind.

## Aus den Parteien

In einer Sonntag nachmittag in Offenburg stattgefundenen Wahlkreisversammlung der **Zentrums-Partei** Offenburg-Oberstich wurde einstimmig folgende endgültige Liste für die Landtagswahl 1929 aufgestellt: 1. Landgerichtsdirektor Egger (seitiger Abg.), 2. Bürgermeister Engelhardt, 3. Weingutbesitzer Lang, 4. Weingutbesitzer v. Offenwanger, Vorstand des Gewerbe- und Handwerkervereins Offenburg, 5. Maler Schöner, Zell a. S., 6. Ministerialdirektor Frech, Oberstich. In der anschließenden Aussprache gab Prälat Dr. Schöfer den Wählern praktische Ratschläge für die Wahlarbeit.

In **Waldbusch** fand am Sonntag eine Wahlkreisversammlung der **Zentrums-Partei** für den badischen Wahlkreis Säckingen-Waldbusch statt, bei der der bisherige Landtagsabgeordnete, Reichstagsabgeordneter Dr. Föhr, einstimmig als Spitzenkandidat aufgestellt wurde. Für den zweiten Platz wurde Landesökonomierat Bausch (Waldbusch) nominiert.

Auf der Wahlkreisversammlung des badischen Wahlkreises **Freiburg-Land** wurde von der **Deutschen Demokratischen Partei** Prof. Dr. Kuppel (Freiburg) einstimmig zum Spitzenkandidaten nominiert. An der Versammlung nahmen u. a. teil: Kultusminister Dr. Leers und die Landtagsabgeordneten Präsident Dr. Glodner und Frau Notar Straub.

Auf einer Konferenz in Heidelberg der **Zentrums-Partei** wurde als Spitzenkandidat der bisherige Vertreter des Bezirks im Landtag, Oberrednungsrat Gustav Schneider, einstimmig wieder aufgestellt. Die zweite Stelle ist Fräulein Maria Helm (Heidelberg) vorbehalten.

## Zur Bodenseeregulierung

Die vier an der Bodenseeregulierung beteiligten Kantone St. Gallen, Turgau, Schaffhausen und Zürich haben sich endlich über die Bedingungen und Vorbehalte des Kantons Schaffhausen auf Grund der Vorschläge geeinigt, die vom Departement in Bern ausgearbeitet wurden.

Es können nunmehr die **internationalen Verhandlungen** mit den Bodenseestaaten beginnen, die bisher wegen der in der Schweiz besonders noch bestehenden Uneinigkeit nicht aufgenommen werden konnten. Die schweizerische Delegation wurde am Dienstag vom Bundesrat folgendermaßen bestimmt: **Ministerialrat Dr. Spahn**, Rechtsanwalt in Schaffhausen als Präsident; ferner gehören ihr an Dr. Karl Mühner, Direktor des Eidgenössischen Amtes für Wasserwirtschaft in Bern, und Dr. Karl Kobelt, von dem das Projekt stammt, Sektionschef des genannten Amtes, Regierungsrat Wigg, Vaudirektor des Kantons St. Gallen, Regierungsrat Trethenmuth, Vaudirektor des Kantons Turgau, Regierungsrat Sturzenegger, Vaudirektor des Kantons Schaffhausen, und Regierungsrat Walder, Vaudirektor des Kantons Zürich.

## Tagungen

Der **badische Stenographenverband** wird am 1. und 2. Dezember d. J. in **Karlsruhe** seine diesjährige Hauptversammlung abhalten. Am Sonntag, den 2. Dezember, vormittags findet im Bürgercafé des Rathauses eine öffentliche Versammlung statt, in der der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Stenographenbundes, Oberstudienrat Eduard Pfaff, Darmstadt, einen Vortrag über das Thema „Was nützt die Einheitskurzschrift dem deutschen Volke?“ halten wird.

**Tagung der badischen Gaswerkleiter.** Letzter Tage fand in Stadtsaal zu **Durlach** unter Vorsitz des Stadtbauamtsdirektors **Heinrich**, Forzheim, eine Tagung der badischen Gaswerkleiter statt. Zur Beratung standen u. a. die Organisation der Gaswerbung in den badischen Städten, die Ferngasversorgung und innere Fragen aus den Organisationen des Gasfaches. In der Versammlung nahmen auch Vertreter der benachbarten Werkleitergruppen aus Württemberg, Hessen und der Pfalz teil. Die einleitenden Referate hatten Stadtbauamtsdirektor **Heinrich**, Forzheim, Direktor **Dr. Külling**, Stuttgart, und Direktor **Fleisch**, Durlach, übernommen.

## Gemeinderundschau

**Bürgermeisterwahlen.** In **St. Ulrich** wurde der seitherige Bürgermeister **Josef Karle** mit allen abgegebenen Stimmen einstimmig wiederum zum Bürgermeister gewählt. — In **Freienheim** erhielt bei der Neuwahl für den vor kurzem verstorbenen Bürgermeister **Huber Karl Friedrich Erb**, Gemeinderat, 41 Stimmen, **Gipser Friedrich Sped** 11 Stimmen. Gemeinderat **Erb** ist somit gewählt. — In **Blumenfeld** (Amt Engen), legte der seit 1883 im Amte befindliche Bürgermeister **Meister** aus Gesundheitsrücksichten und hohen Alters sein Amt nieder. Sein Nachfolger wurde **Landwirt August Merk**.

Das **Städtische Krankenhaus** von **Furtwangen** fiel beinahe einer furchtbaren Brandkatastrophe am 6. Februar 1927 zum Opfer. In seine Stelle ist nunmehr ein neues getreten, das am Sonntag erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Das neue Krankenhaus enthält 104 Betten, von denen 19 für das Personal bestimmt sind.

## Aus der Landeshauptstadt

**Verleihung der Ehrenbürgerwürde.** Die hiesige Technische Hochschule hat die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber **Ingenieur Otto Güderit**, Generaldirektor der Adlerwerke vormals **Heinrich Reber** in **Frankfurt a. M.** in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Entwicklung und Organisation neuerzeitlicher Arbeitsverfahren, besonders im Bau von Kraftwagen, Fahrrädern und Schreibmaschinen, verliehen.

Die **Schuhmacherzunft** **Karlsruhe** beging am Sonntag das Fest der Hundertjahrfeier zur Erringung an die Beschaffung der neuen Fahne und Junfinstignien. Die Feier, bei welcher im unterhaltenden Teil Frau **Hansi Mayer-Beder**, Herr **Fritz Stöbe** und die Abteilung des Gesangsvereins **Junger & Ruh** ihre Kunst in Gesang und Vortrag in wohlgeklungener Weise in den Dienst der Sache stellten, verlief sehr schön und harmonisch. Der geschäftsführende Direktor der Handwerkskammer **Karlsruhe** hielt einen sehr feiseltenden und interessanten historischen Vortrag über das Schuhmacherhandwerk. Der Vorsitzende des Landesverbandes badischer Schuhmachermeister überreichte der Zunft eine Ehrenplakette.

**Schallplattenkonzert im Künstlerhaus.** Das unsere mechanischen Musikinstrumente fortgesetzt noch der Verbesserung unterworfen sind, zeigte auch das zweite der von dem **Musikhaus Schalle** veranstalteten Schallplattenkonzerte. Wohl erkennt man an den sprunghaften Stappen der Entwicklung, welche Mängel der Übertragungsprozess schon in der Tat überwunden hat, um einigermaßen aus der Welt der mechanischen Musikinstrumente zu gelangen. Empfindlichere Membrane gestatten heute immerhin eine Tonführung, die eine relativ harmonisch ausgeglichene Klangfarbe gewährleistet. Aus dem ersten Programmteil waren diese wichtigen Errungenschaften vor allem an der „**Jauberslöte**“ (Ducktüre (Parlaphon), an **Webers** „**Aufforderung zum Tanz**“ (Elektrala) und besonders frappant an einigen Gesangsplatten festzustellen. In **Brünnhildens** Schlusssatz aus „**Götterdämmerung**“, interpretiert durch **Ramaj Karson-Doelsen** (Parlaphon) merkt man wirklich nichts mehr von schrillen und flirrenden Nebengeräuschen, die Nadel reproduziert die einzelne vox humana ebenso glänzend wie in homischen Gesängen („**Die Himmel rühmen**“ von **Beethoven**, gefungen vom Berliner Lehrergesangsverein) den Massenklang. Hinter solchen Höchstleistungen der Sprechmaschinenwelt stehen natürlich die Schallplatten noch etwas zurück, obwohl auch sie, was Tonvolumen und Tonqualität anbelangt, wesentliche Neuerungen aufweisen. Ohne Frage erweist der von dem rührigen Geschäftsführer **Korenz** geleitete Abend ebenfalls in seinem zweiten Teil, daß gegenwärtig von der Industrie ein Rekord geschaffen ist, der mit Recht die Aufmerksamkeit weitest Liebhaberkreise verdient.

S. S.

**Flucht aus dem Gefängnis.** Western abend entwich aus dem Gefängnis in der Stadelstraße der schon erheblich vorbestrafte **24jährige** **Korbflechter Kilgus**. Er wurde dabei von Anwohnern beobachtet, konnte aber nicht erwischt werden. Heute vormittag durchsuchte eine Hundertschaft der Polizei mit Kriminalbeamten und Polizeihunden die angrenzenden Häuserblöcke. Kilgus sollte sich am heutigen Mittwoch vormittag wegen einer Reihe schwerer Einbruchsdiebstähle vor dem **Karlsruher Schöffengericht** verantworten. Er war schon viermal aus dem Gefängnis ausgebrochen und auch jetzt hat er sich auf räthelhaft Weise — die Gefangenenwärter nennen ihn einen Schlangenmenschen — „dünn gemacht“. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht hätte auf jeden Fall gegen Kilgus mit einer mehrjährigen Zuchthausstrafe geendet.

**Vestungsprozess Elsäffer und Genossen.** Heute, Mittwoch, vormittag begann vor dem hiesigen Schöffengericht die auf etwa 14 Tage bemessene Verhandlung gegen den Regierungsbeauftragten **Friedrich Elsäffer** und sieben Mitangeklagte wegen Vesteckung, Betrugs, Untreue usw. Elsäffer wird vorgeworfen, in den Jahren 1922 und 1923 in seiner Stellung als Leiter der Baugruppe des Landesfinanzamts **Karlsruhe** bei Vergebung von Holzlieferungen von den Lieferanten Geschenke für die Zuweisung entgegengenommen, Aufträge ohne Einholung anderer Angebote erteilt und seine vorgelegte Behörde über die ungünstigen Lieferungsbedingungen getäuscht zu haben. Die Mitangeklagten sind zwei Bauunternehmer, ein Maurerpolier, zwei Ingenieure, ein Oberregierungsbaupolier und ein Elektrotechniker, denen Vesteckung, Betrug, Betrugsversuch bzw. Untreue zur Last gelegt wird. Insgesamt soll der Reichsfiskus durch die Handlungsweise aller dieser Angeklagten um rund 100 000 Goldmark geschädigt worden sein. 48 Zeugen sind geladen. Die heutige Vormittags-Sitzung war mit der Vernehmung des Angeklagten **Elsäffer** ausgefüllt, der jegliche Schuld bestritt. Die Vernehmung des Angeklagten **Elsäffer** dreht sich weiter um die Einzelheiten zweier Holzgeschäfte mit der Firma **Gebrüder Rutteroff** in **Offenburg**.

**IV. Sinfoniekonzert des bad. Landestheaterorchesters.** Als erste Neuheit der Saison gelangt im nächsten (vierten) Sinfoniekonzert am **Montag, den 3. Dezember**, ein Klavierkonzert von **Julius Weismann** zur Aufführung. Das Werk (op. 97) ist besonders interessant, weil es eine moderne Meisterleistung der alten Kunstform der Suite für Klavier und Orchester beruht. Der bekannte badische Komponist wird selbst den Solopart spielen. Erstmals hier aufgeführt wird am gleichen Abend die **Sinfonia tragica** von **Felix Draeseke**, dem 1913 in Dresden gestorbenen Neumantler, der lange Jahre lebhaft Beziehungen zu **Liszt** und **Wagner** unterhielt. Diese **C-Moll-Sinfonie** (op. 40) ist die bedeutendste Instrumentalschöpfung des leider in deutschen Konzerten nur noch ganz selten zu hörenden Komponisten, obwohl ihm die neudeutsche Richtung sehr wertvolle Anregungen verdankt. An den Anfang des

Programms tritt statt der ursprünglich vorgesehenen **Strawinsky-Erstaufführung**, die nunmehr dem achten Konzert vorbehalten bleibt, **Schuberts** siebente Sinfonie, die große **C-Dur**, deren „**himmlische Länge**“ schon **Schumann** rühmte. Da somit das Konzert unter der Leitung von Generalmusikdirektor **Josef Krips** noch einen weiteren Beitrag zum **Schubert-Jubiläum** bietet, dürfte es besonders harter Anziehungskraft sicher sein.

**Einziges Gastspiel des Tanz-Trios Hellaerau.** Ein Ereignis besonderer Art bildet das Donnerstag, den 29. November, abends 8 Uhr, im Konzerthaus stattfindende Gastspiel des **Tanz-Trios Hellaerau-Lagenburg**. Die **Schule Hellaerau**, auch dem Laien heute nicht mehr unbekannt, hat seit einer Reihe von Jahren ihren Sitz im ehemaligen Kaiserhof **Lagenburg** bei **Wien**. Ihre Tänzerinnen, besonders das Trio mit **Valerie Kratina**, **Anni Bergh** und **Mary Hougberg**, genießen einen künstlerischen Ruf, der weit über die Grenzen Deutschlands und Österreichs hinausgeht und unbedingt als international bezeichnet werden darf. Regelmäßig wirken die **Hellaerau-Tänzerinnen** bei den Freilichtaufführungen in den antiken Theatern zu **Syracus** und in **Ostia bei Rom** mit. Der bekannte Ufa-Film „**Wege zu Kraft und Schönheit**“ zeigt zahlreiche Aufnahmen aus **Hellaerau**. — Die **Kartenausgabe** bei **Kurt Neufeldt** ist eröffnet.

**Colosseumtheater.** Täglich laden 1000 Menschen über den so rasch beliebt gewordenen **Kölnener Komiker Wilhelm Millowitsch** mit seinem ganz vorzüglich eingespielten **Massen-Ensemble**. Das Gastspiel dauert nur noch bis einschließlich Freitag. Einer sagt's dem andern, daß täglich 2½ Stunden über **Millowitsch** nur gelacht wird. Sichern Sie noch rechtzeitig Karten in den Vorverkaufsstellen oder telefonisch im Theaterbüro.

**Wie rationiere ich Zeit und Geld in meiner Küche?** Über dieses wichtige Thema läßt die Firma **Vander & Co. G. m. b. H.**, hier, **Amalienstraße 25**, als Hauptniederlage der **Senfwerke A.-G.**, **Sildesheim**, am Donnerstag, den 29. November, nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr, Vorträge im Saale der „**Vier Jahreszeiten**“ halten, verbunden mit **Schaulocher** und **Gratistverlosung**. Allen Hausfrauen und allen, die es werden wollen, ist hierbei Gelegenheit gegeben, zu sehen und zu hören, wie man auf Was billig kochen, braten, baden, bügeln usw. kann (siehe Anzeige).

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.** Infolge des mit dem Polarluftdruck verbundenen Temperaturrückganges sind die Niederschläge im Gebirge allgemein in Schnee übergegangen. Die Schneedecke beträgt oberhalb 800 Meter bereits 20–30 Zentimeter. In der Ebene hält der Regen bei trüber Bitterung an und die Überflutung des ostwärts gerichteten Druckgefälles hat Abflauen der Winde bewirkt. Mit der Zeit über ganz Europa ausgebreiteten Kaltluft wandert von Nordwesten ein Zwischenhoch heran. Eine durchgreifende Aufheiterung ist jedoch zunächst nicht zu erwarten, da das Tief sich südlich der Alpen gehalten hat. **Wetterausichten:** Fortdauer der in der Ebene nachfolten, im Gebirge vorwintlichen Bitterung, nur zeitweilige Aufheiterung, strichweise noch Niederschläge.

## Kurze Nachrichten aus Baden

**bl. Mannheim, 26. Nov.** Der Tod seines Sohnes, des Direktors der Realschule **Freudenheim**, **Heinrich Jamponi**, hatte den Vater, **Rector a. D.**, **Papiste Jamponi**, derart seelisch erschüttert, daß er einen Herzschlag erlitt. Der Greis stand im 79. Lebensjahre.

**bl. Mannheim, 27. Nov.** Die Sammlungen zur Errichtung eines Denkmals für den Führer der Nationalliberalen Partei **Ernst Bassermann** haben das Ergebnis erzielt, daß nunmehr das Denkmal gesichert erscheint. Für die Einweihung ist vorläufig der Herbst 1929 in Aussicht genommen.

**bl. Mannheim, 7. Nov.** Anlässlich des 85. Geburtstages von **Dr. Karl Benz** wurden diesem verschiedene weitere Ehrungen in teils ernster, teils humoristischer Form dargebracht. Der **Schnauser-Club**, Sektion **Baden-Pfalz**, brachte dem Jubililar in Wort und Bild ihre Glückwünsche dar und auch der **A.D.A.C.** sandte dem Erfinder ein längeres Glückwunschtelegramm, unter Überreichung der Ehrenmitgliedsurkunde und der goldenen, brillantbesetzten **A.D.A.C.-Nadel**. Ferner gratulierten noch eine ganze Reihe von Vereinen, die **Dr. Benz** zu ihrem Ehrenmitglied ernannten. Tiefbewegt nahm der greise Jubililar die vielen Anerkennungen seiner großen wirtschaftlichen und industriellen Leistungen entgegen.

**bl. Ettlingen, 27. Nov.** Die **Papierfabrik Vogel u. Bernheimer** feierte am Samstag ihr 50jähriges Bestehen.

**DJ. Aha** (Amt Neustadt), 27. Nov. Die bisherige **Poststelle Aha** der **Strecke Litzlee-Seebrugg** wird ab 1. Dezember in einen **Bahnhof** mit unbeschränkter Abfertigungsbefugnissen umgewandelt. Die im **Gasthaus** zum **Auerhahn** errichtete Agentur wird auf diesen Zeitpunkt aufgehoben.

**DJ. Gutach i. Schw.**, 28. Nov. Prof. **Kurt Liebig** begeht dieser Tage seinen 60. Geburtstag. Seit Jahren ist der Künstler in **Gutach** ansässig und gehört wohl zu den bedeutendsten Rüstern der **Schwarzwaldbühnen**. Auch als **Bildhauer** hat sich Liebig in weiten Kreisen des **Schwarzwaldes** einen Namen gemacht. Er ist den **Schwarzwaldern** durch die Schöpfung schöner **Kriegerdenkmäler** teuer und wert geworden. Das **Gutacher Kriegerdenkmal** ist wohl das schönste, was auf diesem Gebiete nach dem Kriege im **Schwarzwald** geschaffen wurde. Auf mächtigem **Granitfelsen** trauert eine überlebensgroße **Gutacherin** aus **Erg** um die gefallenen Söhne der Heimat.

**DJ. Schönmünzach** (A. Freudenstadt), 28. Nov. Der in diesen Tagen überall so wild hauende Sturm hat auch hier Schaden angerichtet. Infolge der heftigen Regenfälle hat die **Murg** wieder **Hochwasser**. Am Sonntag abend stand das **Wasser** am höchsten und überschwemmte die anliegenden Grundstücke. Einige Holzstämme mußten auch wieder daran glauben. In solchen Tagen ist das **Stauwehr** bei **Kirchbäumwägen** eine Sehenswürdigkeit: das **Staubeden** läuft dann über und die **Wasser** tosen mit ungeheurer **Wucht** ins alte **Murgbett**.

**W.D. Ludwigschafen a. Rh.**, 27. Nov. Wie die **Eisenbahndirektion Ludwigschafen** mitteilt, hat die amtliche **Untersuchung** über die Ursache der gestrigen **Entgleisung des Personenzugs 874** auf der **Glanbrücke** bei **Obernheim** ergeben, daß ein **organischer Sturm** von dem neben dem Gleise laufenden **Fußgängersteig** ein **2 Meter** langes und **1 Meter** breites **Wohlenbrett** von **88 Kilogramm** Gewicht aufgehoben und auf den **Schieneustrang** geworfen hat. Die **Lokomotive** entgleiste beim **Auffahren** auf das **Hinernis**, lief noch bis zur vierten **Brückenöffnung** neben den **Schienen** her, durchbrach dann den **Fußgängersteig** und das **Geländer** und stürzte mit dem **Tender** auf das **Ufer** der **Glan**. Der nachfolgende **Reitwagen** blieb mit einem **Ende** auf der **Brücke** hängen. Von den **Personenwagen** entgleiste der erste mit einer **Wache**. Der **Lokomotivführer** wurde unter der **Lokomotive** aufgefunden.

**E. Büchle**

Inhaber: **W. Bertsch**  
Kaiserstraße 132  
Spezialhaus für

**Bilder u. Einrahmungen**

Gute Ausführung bei  
billigster Berechnung  
Große Auswahl

**Das Werk Zeppelin bleibt in Friedrichshafen**  
Anlässlich der Einweihung der Petrus-Canisius-Kirche in Friedrichshafen hielt beim Festbankett Kommerzienrat Golsman eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Das Werk Zeppelin bleibt in Friedrichshafen; es bleibt auf dem alten Platz, da die Luftschiffe künftig nicht länger, sondern kürzer und bieder werden sollen. Auf dem alten Platz soll ein Teil der Keimen Hallen und ein Teil der Werkstätten niedergegriffen werden und dafür die neue Werfthalle erstellt werden. Wir haben die Hoffnung und den starken Glauben, die erforderlichen Mittel zu erhalten, um die Werfthalle zu erstellen und das neue Schiff erbauen zu können, das dann im Frühjahr 1930 hoffentlich der Vollendung entgegengeht, um zu zeigen, daß es möglich ist, in wirtschaftlicher Weise mit den Völkern der Erde auf dem Luftwege zu verkehren.

**Das Urteil gegen die Erfurter Hochstaplerin**  
Die Angeklagte Maria Barth, die unter der Maske einer Prinzessin von Preußen zahlreiche Schwindeleien verübte, wurde, wie aus Erfurt gemeldet wird, vom Schwurgericht wegen Mißfallbetruges in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung in zwei Fällen, wegen Betruges in einem Fall und wegen Unterschlagung in einem Fall zu 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Nach sechsmonatiger Haft tritt Strafaussetzung von drei Jahren ein unter der Bedingung, daß sie sich gut führt und zeigt, daß sie arbeiten kann.

**Sprechstunden. (Sprach laut und richtig!) Von Karl Julius Kraumbach.** Bearbeitet von Dr. W. Balzer. 7. vermehrte Auflage mit erweiterten Uebervorschriften und technischen Hinweisen von Professor Dr. W. Seydel. (Kart. 1,40 RM.) B. G. Teubner, Leipzig. — Wenn seine Sprache zum willigen Werkzeug werden soll, dessen Funktionen und Möglichkeiten er überseht und gründlich beherrscht, der greife zu diesem Büchlein: Hier wird ihm reicher Übungsstoff an Sprachgut selbst in mannigfaltiger und gut geordneter Auswahl zur Verfügung gestellt.

**Handel und Wirtschaft**  
**Berliner Devisennotierungen**

	28. Nov.		27. Nov.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.33	168.67	168.30	168.64
Kopenhagen 100 Kr.	111.77	111.99	111.74	111.96
Italien . . . 100 L.	21.955	21.995	21.95	21.99
London . . . 1 Pfd.	20.331	20.371	20.323	20.363
New York . . . 1 D.	4.1905	4.1985	4.1890	4.1970
Paris . . . 100 Fr.	16.585	16.425	16.38	16.42
Schweiz . . . 100 Fr.	80.725	80.885	80.69	80.85
Wien 100 Schilling	58.915	59.035	58.90	59.02
Prag . . . 100 Kr.	12.418	12.438	12.417	12.437

**Staatsanzeiger**  
**Bekanntmachung**  
Lehrkurse im Fußbeschlagn an den staatlichen Fußbeschlagnschulen.  
Der nächste Lehrkurs an den staatlichen Fußbeschlagnschulen wird am  
Donnerstag, den 3. Januar 1929  
beginnen.  
Gesuche um Aufnahme sind alsbald an den Vorstand derjenigen Schule zu richten, welche der Gesuchsteller besuchen will. Auskunft über die Aufnahmebedingungen, über die Kosten des Unterrichts und über den Lehrplan erteilen auf Anfrage die Bezirksämter.  
Karlsruhe, den 28. November 1928.  
Der Minister des Innern  
J. B.: Hörenbach.

**Personeller Teil**  
Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten  
Rechnungshof  
übertragen:  
eine Bureaubeamtenteile beim Rechnungshof dem Finanzinspektor Hans Schweizer bei der Landeshauptkasse.

**SNOWMAN**  
**SYNONYMA**  
decken ihren Bedarf  
Herren-Damen-Kinder-Konfektion  
Herren- u. Damen-Wäsche  
Hüte \* Schirme \* Teppiche  
Gardinen u. a. m.  
BEI DER OHNE JEDE ANZAHLUNG  
1. Rate: 1. Jan. 1929 \* 8 Monatsraten  
**DBG KARLSRUHE**  
**KRONENSTR. 40**  
Das Kaufhaus auf Teilzahlung!

**Die Ablösung der Markanleihen der Stadtgemeinde Eberbach betr.**  
In der Gemeinderatsitzung vom 22. November 1928 wurde die Auslösung der auf 31. Dezember 1928 fälligen Rate der Anleiheablösung vorgenommen.  
Es wurden folgende Nummern ausgelöst:  
1444, 1040, 263, 997, 911, 98, 1159, 948, 923, 1287, 1285, 658, 378, 1425, 1056, 1168, 467, 75, 414, 898, 899, 1315, 905, 906, 279, 210, 223, 1049, 16, 1585, 1414, 1413, 477, 459, 1061, 810, 951, 1415, 1238, 1246, 849, 793, 461, 460, 1496, 1559, 787, 1272, 955, 1309, 900, 1071, 1426, 804.  
Die Inhaber der ausgelösten Auslosungsscheine können den Auslosungsbeitrag zuzüglich Zinsen vom 2. Januar 1929 ab bei der Stadtkasse Eberbach gegen Rückgabe des Auslosungsscheines und einer Schuldschreibung der Ablösungsanleihe über 12,50 RM. in Empfang nehmen.  
Der Bürgermeister:  
Dr. Frank.

**Auslösung der Anleiheablösungsschuld der Stadt Konstanz.**  
Bei der heute vorgenommenen Ziehung der Auslosungsrechte für das Jahr 1928 wurden folgende Nummern gezogen:  
**Buchstabe A:** Nr. 43, 67, 84, 85, 91, 103  
**Buchstabe B:** Nr. 9, 13, 14.  
**Buchstabe C:** Nr. 26, 33, 38, 94, 95, 102, 143, 198, 199, 200.  
**Buchstabe D:** Nr. 20, 23, 44, 63, 66, 70, 117, 122, 127, 139, 151.  
**Buchstabe E:** Nr. 40, 43, 59, 60, 103, 104, 112, 130, 154, 157, 160, 200, 210, 224, 228, 242.  
**Buchstabe F:** Nr. 22, 37, 43, 60, 73, 82, 84, 95, 102, 103, 108, 144, 145, 157, 159, 190, 192.  
Bei der Einlösung werden für je 12,50 RM. Nennwert der Auslosungsscheine bezahlt 62,50 RM. dazu 5 v. H. Zins für 3 Jahre 9,38 RM. abzgl. 10 v. H. Kapitalertragsst. 0,90 8,48  
zusammen 70,98 RM.  
Die Einlösung der gezogenen Auslosungsscheine erfolgt vom 31. Dezember 1928 ab gegen Rückgabe der Auslosungsscheine und eines gleichen Nennbetrags in Schuldschreibungen der Anleiheablösungsschuld der Stadt Konstanz bei der Stadtkasse Konstanz.  
Aus früheren Jahren sind folgende gezogene Auslosungsscheine noch nicht zur Einlösung vorgelegt worden:  
**Buchstabe C:** Nr. 4, 24, 28, 29, 96, 127.  
**Buchstabe D:** Nr. 6, 16, 29, 94, 96, 131, 166.  
**Buchstabe E:** Nr. 14, 49, 75, 131, 151, 162, 173, 199, 234, 239.  
**Buchstabe F:** Nr. 2, 4, 78, 79, 93, 148, 150, 217.  
Die Verzinsung dieser früher gezogenen Auslosungsscheine hat mit dem 31. Dezember 1927 aufgehört.  
Konstanz, den 27. November 1928.  
Der Oberbürgermeister. 131

**Gaskochapparate gratis!**  
Donnerstag, den 29. November, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr, im Saale der „Vier Jahreszeiten“, Karlsruhe, Hebelstraße 21  
**Vorträge**  
über das Thema:  
**Wie rationiere ich Zeit und Geld in meiner Küche?**  
durch Frau Geheimrat Th. Becker von der Senkingwerk-A.-G., Hildesheim  
verbunden mit Schaukochen  
Eintritt frei! Gratis-Verlosung! Gratis-Kostproben!  
**Bender & Co. GmbH.**  
Amalienstr. 25 Telephon 244  
Spezialgeschäft für moderne Heiz- und Kocheinrichtungen  
Hauptniederlage der Senkingwerk-A.-G., Hildesheim

**Aber hilft?**  
Eine herzliche Bitte im Blick auf das nahe Weihnachtsfest  
Wir haben auf unseren letzten Notruf so manche freundliche Gabe erhalten, für die wir auch hier noch unseren herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen möchten. Aber durchgreifende Hilfe konnte uns in dieser für alle so schweren Zeit nicht werden. Und nun steht Weihnachten wieder vor der Tür. 656 hungrige Leute, groß und klein, sitzen durchschnittlich täglich bei uns zu Tisch und hoffen alle, daß in unseren Anstalten ihnen christliche Liebe nicht nur den Lichterbaum anzündet, sondern sie auch unter dem Baum mit einer kleinen nützlichen Gabe erfreut. Besonders die Großstadtkinder in unseren Heimen, von denen manche zu Hause noch nie eine Weihnachtsfeier und Weihnachtsbescherung erlebt haben, hoffen nun diesmal, da sie Weihnachten im Erholungsheim feiern, etwas Besonderes zu erleben. Aber auch die lieben Alten in unseren Altersheimen freuen sich, wenn ihnen die Liebe sichtbar nahe tritt.  
Wer uns dabei helfen will, schicke uns seine Hilfe durch eine Zahlkarte auf das Konto Karlsruhe 7825 der Hauptkassenverwaltung des Badischen Landesvereins für Innere Mission.  
„Nachdem uns Barmherzigkeit widerfahren ist, werden wir nicht müde.“ Dieser Wahlspruch Vater Bodelschwings möge sich in dieser Adventszeit an recht vielen bewahrheiten.  
Mit herzlichem Dank für alle freundliche Mithilfe in Vergangenheit und Zukunft  
namens des  
**Badischen Landesvereins für Innere Mission**  
Prälat a. D. D. Schmitthener.  
Karlsruhe, im November 1928.

**D.115. Bruchsal.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Oskar Hoffner und seiner Ehefrau Anna geb. Steidel in Stettin ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Mittwoch, den 19. Dezember 1928, vorm. 9 Uhr, vor das Amtsgericht Bruchsal, 2. St., Zimmer 16.  
**D.113. Bruchsal.** Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Oskar Hoffner und seiner Ehefrau Anna geb. Steidel in Stettin soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind 379,73 RM. verfügbar. Zu berücksichtigen sind Forderungen zum Betrage von 8478,81 RM., darunter keine bevorrechtigten.  
Das Schlussverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle II des Amtsgerichts Bruchsal zur Einsicht auf. Der Konkursverwalter: Rechtsanwält Groh.  
**D.100. Karlsruhe.** Güterrechtsregistereinträge: 1. Zu Band I Seite 157: Bedecke Otto, Kaufmann, Karlsruhe, und Marie geb. Nagel. Vertrag vom 16. November 1928. Gütertrennung. 19. Nov. 1928.  
2. Seite 158: Stober Emil, Gärtner, Eggenstein, und Joa geb. Dreizler. Vertrag vom 5. November 1928. Gütertrennung. 19. Nov. 28.  
3. Seite 159: Leibke Johann, Säger, Manfenloch, und Maria Agathe geb. Bühler. Vertrag vom 17. November 1928. Vorbehaltsgut der Frau: Grundstück Lgb. Nr. 3196/1 der Gemarkung Manfenloch. 20. Nov. 1928.  
4. Seite 160: Bürger Franz, Metzgermeister, Karlsruhe, und Marie geb. Müller. Vertrag vom 15. November 1928. Gütertrennung. 20. Nov. 1928.  
5. Seite 161/2: Appenrodt Wilhelm August, Kaufmann, Karlsruhe, und Marie geb. Müller. Vertrag vom 15. November 1928. Gütertrennung. 19. Nov. 1928.

**Konzerthaus**  
Donnerstag 29. November  
abends 8 Uhr  
Tanzgruppe Kratina  
der  
**Schule Hellerau**  
Schloß Laxenburg bei Wien  
Karten zu 1,50, 2, 3 und 4 RM. bei  
Kurt Neufeldt  
Waldstr. 39, Tel. 2577

**GEWASCHENEN**  
doppelt gebrochenen und gesiebten  
**Teergrus**  
liefert preisgünstig  
**Porphywerk Dossenheim**  
H. VATTER  
DOSSENHEIM A.D.B. TEL. HEIDELBERG 4099

**Jagdverpachtung**  
Bad. Forstamt Forzheim verpachtet am Montag, den 3. Dezember d. J., nachmittags 2 Uhr, auf dem Seehaus im Hagenstieck bei Forzheim das Jagdrecht des Jagdbezirkes I und II der Gemarkung Hagenstieck auf die Dauer von 6 Jahren, und zwar:  
Jagdbezirk I zwischen Burmberger Straße und Steinbachstraße mit etwa 140 Hektar Feld und 696 Hektar Wald, zusammen 836 Hektar. D.66  
Jagdbezirk II zwischen Burmberger und alten Tiefenbronner Straße mit rund 1140 Hektar.  
Pachtbedingungen liegen auf dem Forstamt, wo selbst noch nähere Auskunft erteilt wird, offen.

**Möbel**  
einzelne Möbelstücke  
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus  
**Maier Weinheimer**  
Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32  
Kein Laden, daher billigste Preise 96  
Mittler. Vertrag vom 15. Nov. 1928. Unter Aufhebung des früheren Ehevertrags. Gütertrennung. 22. Nov. 1928.  
6. Seite 162: Schmitt Josef, Buchdrucker, Karlsruhe, und Anna geb. Röhr. Vertrag vom 15. November 1928. Gütertrennung. 22. Nov. 1928.  
7. Seite 163: Cariano Paul, Kaufmann, Karlsruhe, und Elise geb. van Thiel. Vertrag vom 13. Nov. 1928. Gütertrennung. 23. Nov. 1928.  
Amtsgericht Karlsruhe.  
Mitwirkende:  
Wüller, Ziegler, Brand, Göder, Koeble, Kaufne, Müller, Schneider, Schulze, b. d. Trend  
Anfang 20 Ende nach 22  
Preise A (0,70—5,00 RM.)  
Fr. 30. Nov.  
Der Schwarzfärbler  
Sa., 1. Dez., Genoveva  
So., 2. Dez., Lammhänger  
Im Konzerthaus:  
Gastspiel Konrad Dreher:  
Jägerblut  
Mo., 3. Dez.,  
4. Sinfonie-Konzert  
Di., 4. Dez.,  
Das Weib des Jephtha

**Colosseum**  
Nur noch 3 Tage  
ab 8 Uhr:  
**Der schöne Wilhelm**  
Der Stolz der  
3. Kompagnie!  
Lachen ohne Ende.  
**Badisches Landestheater**  
Donnerstag, 29. November  
\*D 9 (Donnerstagmiete)  
Th.-Gem. 751—800 und  
901—950  
**Sofuspokus**  
Regie: Paumbach